

JJA

Heizungen ersetzen,
Klima schützen.



**KLIMASCHUTZ-GESETZ
AM 18. JUNI 2023
FACTSHEET**

SP

1. WAS WILL DAS KLIMASCHUTZ-GESETZ?

Das Klimaschutz-Gesetz hält das gemäss Pariser Abkommen festgelegte Netto-Null-Ziel der Treibhausgasemissionen bis 2050 fest.¹ Dabei werden Richtwerte für einzelne Sektoren und Zwischenziele fixiert. Im Klimaschutz-Gesetz selbst werden bereits zwei wichtige Massnahmen dafür festgehalten: Ein grossflächiges Heizungsersatzprogramm sowie die Unterstützung von Unternehmen bei ihren eigenen Klimaschutz-Massnahmen.

DAS WILL DAS KLIMASCHUTZGESETZ:

- **Programm für den Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen.**
- **Finanzielle Unterstützung von Unternehmen bei innovativen Klimaschutz-Massnahmen.**
- **Ziel Netto Null bis 2050.**

WAS BRINGT DAS GESETZ?



**Ersatz von 100'000
alten Öl- und Gasheizungen**



**1 Million Tonnen CO₂
einsparen pro Jahr**

2. WARUM STIMMEN WIR ÜBER DAS KLIMASCHUTZ-GESETZ AB?

Am 27. November 2019 wurde die Gletscherinitiative eingereicht. Das Ziel der Initiative: Den Ausstieg aus der fossilen Energie vorantreiben sowie die Ziele des Pariser Klimaübereinkommen erreichen. Weil dieses Anliegen eine hohe zeitliche Dringlichkeit hat, hielt das Initiativkomitee von Beginn an fest, dass es einen (gleichwertigen) indirekten Gegenvorschlag bevorzugen würde. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) erarbeitete deshalb einen indirekten Gegenentwurf. Das Parlament diskutierte in mehreren Runden über den Vorschlag und verabschiedete schliesslich das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (auch Klimaschutzgesetz, KIG)».

Das KIG bezweckt den Ausstieg aus fossiler Energie und hält die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens fest, womit es diesbezüglich mit der Gletscherinitiative übereinstimmt. Aus diesem Grund entschied das Initiativkomitee am 5. Oktober 2022, die Initiative zu Gunsten des Klimaschutzgesetzes bedingt zurückzuziehen.² Das bedeutet, dass die Initiative trotzdem zur Abstimmung kommen würde, falls der indirekte Gegenvorschlag nicht in Kraft treten sollte.

Wie schon beim CO₂-Gesetz will die SVP das Klimaschutz-Gesetz zusammen mit der Öl- und Gaslobby verhindern und ergriff deshalb das Referendum. Nun hat nun die Stimmbevölkerung am 18. Juni 2023 das letzte Wort. Die verantwortungslose Blockade-Politik hat einen Grund: Die SVP will das Referendum nutzen, um sich als Oppositionskraft für die eidgenössischen Wahlen im Herbst zu positionieren.

¹ Klimaschutz: Bundesrat begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, Medienmitteilung vom 3.6.2022, <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-89107.html#:~:text=Bern%2C%2003.06.2022%20%2D%20Der,Netto%2DNull%20Treibhausgasemissionen%20bis%202050.>

² Verein Klimaschutz Schweiz, Der indirekte Gegenvorschlag, <https://gletscher-initiative.ch/gegenvorschlag>.

3. PROGRAMM ZUM ERSATZ VON ALTEN ÖL-, ELEKTRO- UND GASHEIZUNGEN

Knapp ein Viertel der gesamten inländischen Treibhausgasemissionen der Schweiz entsteht im Gebäudebereich. Der Grund: Der Verbrauch von fossilen Brennstoffen für Heizungen und Warmwasseraufbereitung in unseren Häusern.³ Noch immer sind 40 % der Heizungen Ölheizungen, weitere knapp 20 % Gasheizungen.⁴

Das bedeutet: Um in der Schweiz beim Klimaschutz effektiv voranzukommen, muss man den Ersatz von alten Öl-, Gas- und Elektroheizungen priorisieren. Denn die Gefahr ist gross, dass am Ende der Laufzeit einer fossilen Heizung wieder eine solche installiert wird. Dies weil die Installationskosten (im Gegensatz zu den Betriebskosten) aktuell noch tiefer liegen als bei erneuerbaren Heizungen. Genau darum schafft das Klimaschutz-Gesetz in diesem entscheidenden Moment des Heizungsersatzes finanzielle Anreize, eine alte Öl-, Gas- oder Elektroheizung mit einer erneuerbaren zu ersetzen. Konkret ist im Klimaschutz-Gesetz ein Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz vorgesehen. Mit diesem Programm werden Hausbesitzer:innen finanziell unterstützt, wenn sie alte Öl-, Elektro- und Gasheizungen am Ende ihrer Laufzeit durch ein klimafreundliches Heizsystem ersetzen.

Der Bund finanziert dieses Impulsprogramm zehn Jahre lang mit 200 Millionen Franken pro Jahr, also insgesamt mit 2 Milliarden Franken. Mit diesem Geld können rund 100'000 Heizungen ersetzt werden.⁵ Nach vollständiger Umsetzung des Impulsprogrammes kann ab 2034 pro Jahr ungefähr 1 Million Tonnen CO₂ eingespart werden. Zum Vergleich: Das ist so viel wie 250'000 Menschen in der Schweiz pro Jahr an CO₂-Emissionen verursachen⁶ und mehr als Länder wie Somalia oder Eritrea total im Jahr ausstossen, oder auch ein Viertel der gesamten Emissionen von Albanien.⁷ Doch nicht nur das Klima profitiert von besseren Heizungen, Mieter:innen und Hausbesitzer:innen profitieren ebenfalls: Das letzte Jahr hat gezeigt, wie explodierende Energieebenkosten wegen steigenden Gas- und Ölpreisen für Mieter:innen, aber auch für Kleinunternehmen ein existenzielles Problem werden können. Bei erneuerbaren Heizsystemen sind die Nebenkosten tiefer. Das nützt Mieter:innen sowie Hausbesitzer:innen, welche selbst in ihren Häusern wohnen und diese nicht vermieten. Das zeigt auch eine Studie von Wüest Partner: In zehn von zwölf Fällen stieg der Wert der Liegenschaft durch die energetische Sanierung, in elf von zwölf Fällen sank die Bruttomiete der Mieter:innen.⁸

Grundsätzlich sind erneuerbare Heizsysteme bereits heute günstiger im Betrieb als fossile. Da deren Anschaffung jedoch mit hohen Kosten verbunden ist, halten sich Hauseigentümer:innen mit den Sanierungen zurück. Dies auch deshalb, da sie die Heizung selber finanzieren müssen, die Betriebskosten (Heizöl, Gas, Strom, Holz ...) aber auf die Mieter:innen überwälzen können. Es fehlen deshalb oft finanzielle Anreize, das aus Sicht der Mieter:innen (und des Klimas) vorteilhafteste Heizsystem zu wählen. Indem Hauseigentümer:innen bei der Anschaffung finanziell unterstützt werden, wird dieser Fehlanreiz korrigiert - zugunsten von allen Beteiligten.

Mehr erneuerbare Heizungen heisst mehr Energiesicherheit

Heutzutage werden über zwei Drittel der Heizungen in der Schweiz von fossilen Energien betrieben. Doch unsere Öl- und Gasimporte kommen oft aus Diktaturen und Bürgerkriegsländern. Im Jahr 2022 kam mehr als 50 % von unserem Öl aus Nigeria, Kasachstan, Aserbaidschan und Libyen.⁹ Beim Gas ist das Bild ähnlich bzw. noch beunruhigender: Noch 2021 betrug der Anteil an russischem Gas 43%.¹⁰ Um unsere Unabhängigkeit und Energiesicherheit zu fördern, ist es darum absolut notwendig, sich von Gas- und Ölimporten aus Diktaturen und Bürgerkriegsländern zu lösen.

3 <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/zustand/daten/treibhausgasinventar/gebäude.html>

4 <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/gebäude/energiebereich.html#:~:text=Heizsystem%20und%20Energiequelle,Anteil%20der%20stark%20gestiegen%20ist>

5 Bericht UREK-N zum indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2022/1536/de>

6 Die Emissionen pro Kopf liegen in der Schweiz bei 4,1 Tonnen pro Jahr. Das bedeutet, dass knapp 250'000 Menschen zusammen 1 Million Tonnen CO₂-Ausstoss verursachen. Siehe: <https://ourworldindata.org/co2-emissions>

7 https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2022

8 https://www.wuestpartner.com/uploads/sites/8/2022/06/Sanierungen_mit_3_Gewinnern.pdf

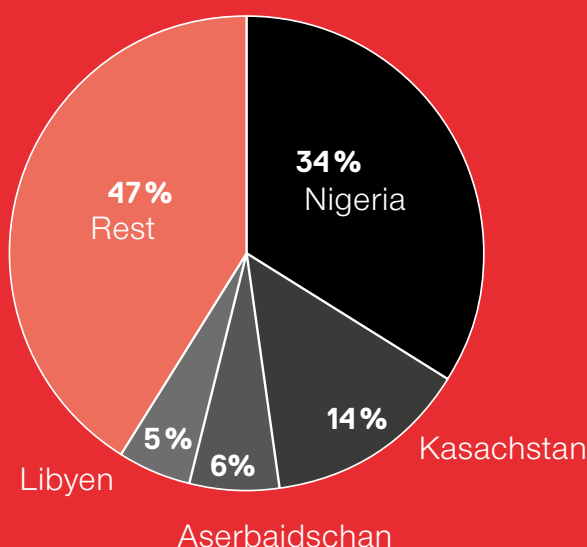
9 Zahlen der Eidgenössischen Zollverwaltung.

10 <https://www.energie360.ch/de/energie-360/wissen/erdgas-biogas/>

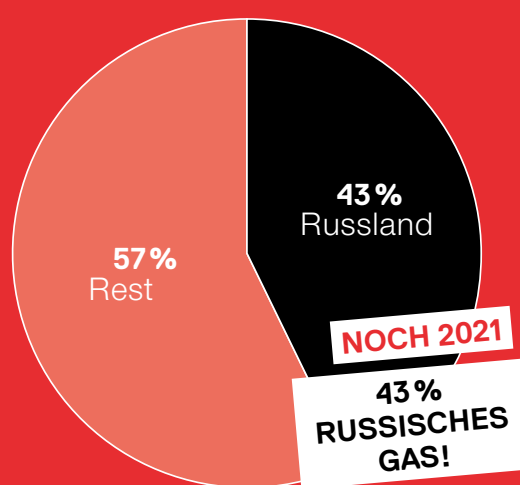
MEHR ERNEUERBARE HEIZUNGEN HEISST MEHR ENERGIESICHERHEIT!

Heutzutage werden über zwei Drittel der Heizungen in der Schweiz von fossilen Energien betrieben. Doch unsere Öl- und Gasimporte kommen oft aus Diktaturen und Bürgerkriegsländern. Um unsere Unabhängigkeit und Energiesicherheit zu fördern, ist es darum absolut notwendig, alte Öl- und Gasheizungen zu ersetzen.

WOHER STAMMT DAS ÖL
IN DER SCHWEIZ?



WOHER STAMMT DAS GAS
IN DER SCHWEIZ?



4. UNTERSTÜTZUNG VON INNOVATIVEN UNTERNEHMEN

Der zweite Hebel, bei dem das Klimaschutz-Gesetz ansetzt, ist die Industrie. Diese ist für einen Viertel der gesamten Emissionen der Schweiz verantwortlich.¹¹ Um Industrie und Gewerbe bei ihren eigenen Klimaschutz-Bemühungen zu unterstützen und die Dekarbonisierung der Wirtschaft zu fördern, sieht das Klimaschutzgesetz darum zwei Massnahmen vor: Erstens sollen neuartige und innovative Technologien und Prozesse finanziell gefördert werden. Zweitens gibt es Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen, welche bereits heute so genannte Netto-Null-Fahrpläne ausarbeiten.

Förderung von neuartigen Technologien und Prozessen

Dank dem Klimaschutz-Gesetz kann der Bund Unternehmen finanziell unterstützen, wenn diese bis 2030 zur Umsetzung eines Netto-Null-Fahrplanes neuartige Technologien und Prozesse anwenden möchten. Dem Bund stehen hierfür 1,2 Milliarden CHF zur Verfügung. Der Grundgedanke ist: «First Mover»¹² in Branchen sollen unterstützt werden, so dass sich neue, innovative Technologien auch wirklich durchsetzen können.

¹¹ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/inkuerze.html#:~:text=Die%20innerhalb%20der%20Schweiz%202020,%3A%204%20t%20pro%20Kopf>

¹² Damit sind insbesondere Unternehmen gemeint, welche eine Vorreiterrolle inne haben und sich bereits heute mit ihrem Emissionsausstoss beschäftigen und versuchen, diesen zu reduzieren.

Unterstützung bei Netto-Null-Fahrplänen

Damit Unternehmen aufzuzeigen können, wie sie bis 2050 Netto-Null erreichen, ist die Erstellung von Fahrplänen ein ideales Mittel. Das Klimaschutzgesetz verpflichtet nicht zur Erstellung solcher, sondern bietet unterstützende Massnahmen an. Abgebildet werden müssen im Netto-Null Fahrplan nur Scope 1 und 2 Emissionen, Unternehmen dürfen jedoch auch weitergehen und Scope 3 Emissionen¹³ miteinbeziehen.¹⁴ Scope 1 bezeichnet direkte Treibhausgasemissionen (THG), die aus Quellen stammen, welche vom betroffenen Unternehmen direkt kontrolliert werden. Scope 2 bezeichnet indirekte Treibhausgasemissionen, die mit der Erzeugung von Elektrizität, Wärme oder Dampf verbunden sind, die vom Unternehmen erworben wurden. Scope 3 bezeichnet alle anderen indirekten Emissionen, d.h. Emissionen, die mit der Gewinnung und Herstellung von eingekauften Materialien verbunden sind, Brennstoffen und Dienstleistungen etc.¹⁵ Konkret wird der Bund Unternehmen und Branchen, welche bis zum Jahr 2029 einen Netto-Null-Fahrplan mit konkreten Klimaschutz-Massnahmen ausarbeiten, mit dem Zurverfügungstellen von Grundlagen und Standards unterstützen. Dabei soll eine einheitliche und verbindliche Methodik entwickelt, ein Beratungsnetzwerk aufgebaut und Fachleute geschult werden. Zu erwähnen ist hierbei auch die Verbindung zur Berichterstattungspflicht in Klimabelangen¹⁶: Dort wird die Offenlegung durch sog. Transitionspläne erwähnt, welche die Netto-null-Fahrpläne beschreiben.

Weitere Massnahmen

Zur weiteren Umsetzung des Klimaschutzgesetzes unterbreitet der Bundesrat dem Parlament in Zukunft jeweils Anträge für neue Massnahmen. Dabei sollen diese neuen Massnahmen – wie die bereits bestehenden – auf eine Stärkung der Volkswirtschaft und auf die Sozialverträglichkeit ausgerichtet sein. Das Heizungsersatzprogramm ist dafür ein gutes Beispiel: Es stärkt die heimische Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze (auch in Randregionen), gleichzeitig ist es sozial gerecht, da sowohl Mieter:innen wie auch Hausbesitzer:innen profitieren.

5. WARUM BRAUCHT ES EIN JA ZUM KLIMASCHUTZ-GESETZ?

Dank dem Klimaschutz-Gesetz wird es ein grossflächiges Programm für den Ersatz fossiler Heizungen geben. So wird die Schweiz unabhängiger von Öl- und Gasimporten aus dem Ausland. Das stärkt den Klimaschutz, erhöht die Versorgungssicherheit und schützt die Mieter:innen vor explodierenden Nebenkosten. Die SVP will dieses Gesetz zusammen mit der Öl- und Gaslobby per Referendum verhindern. Die verantwortungslose Blockade-Politik hat einen Grund: Die SVP will das Referendum nutzen, um sich als Oppositionskraft für die eidgenössischen Wahlen im Herbst zu positionieren.

1. Dringende Massnahmen für Klimaschutz umsetzen, SVP sowie Öl- und Gaslobby stoppen:

Mit dem Klimaschutz-Gesetz werden Hausbesitzer:innen finanziell unterstützt, wenn sie ihre alten Öl- und Gasheizungen ersetzen. So sparen wir schnell viel CO₂ ein. Zusätzlich werden innovative Unternehmen auf dem Weg zu Netto Null begleitet. Zusammen mit der Öl- und Gaslobby will die SVP diese dringenden Massnahmen für den Klimaschutz verhindern. Das ist verantwortungslos.

13 Scope 1 widerspiegelt die direkten Emissionen, die ein Unternehmen verursacht.

Scope 2 widerspiegelt die indirekten Emissionen, welche bei der Produktion der eingekauften Energie eines Unternehmens entstehen.

Scope 3 widerspiegelt die indirekten Emissionen, die in den vor- und nachgelagerten Lieferketten eines Unternehmens entstehen.

14 Die Unternehmen sind in der Auswahl des Ansatzes für die Erstellung des Plans frei. Internationaler Vorreiter ist hierbei beispielsweise die «Glasgow Financial Alliance for net zero» (GFANZ), welche sich auf die Erstellung von Transitionsplänen für Finanzinstitute fokussiert. Ein weiterer globaler Ansatz ist die «Science Based Target Initiative (SBTI)». Diese befasst sich jedoch vor allem mit der Zielsetzung, nicht mit der Erstellung von Plänen. Es ist auch möglich, verschiedene Ansätze miteinander zu kombinieren. Insbesondere treibhausgasintensive Unternehmen dürften ein Interesse an der Erstellung eines Netto-Null-Fahrplanes haben.

15 [ipcc_wg3_ar5_annex-i.pdf](#)

16 <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/73998.pdf>

2. Energie- und Versorgungssicherheit schaffen:

Heutzutage ist die Schweiz abhängig von der Lieferung von Öl und Gas aus dem Ausland. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen schaffen wir in der Schweiz Energie- und Versorgungssicherheit. So sind wir nicht mehr erpressbar und können uns aus der Abhängigkeit von Oligarchen und Autokraten lösen.

3. Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation.

Diese Aufgabe können wir nur gemeinschaftlich lösen. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz werden Investitionen der öffentlichen Hand ausgelöst, welche zur Bekämpfung der Klimakrise nötig sind. Das bringt zudem Aufträge für das lokale Gewerbe und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze.

6. FAQ

Genügen die Massnahmen, um die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens zu erfüllen?

Das Gesetz legt das Ziel fest, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral sein soll und ist darum deckungsgleich mit dem Pariser Abkommen. Konkret wird bei zwei zentralen Hebeln angesetzt: Dem Gebäudepark und der Industrie. Diese beiden Bereiche sind für die Hälfte der Schweizer Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das Gesetz setzt darum am richtigen Ort an. Klar ist, dass es weitere Massnahmen braucht, wie beispielsweise eine Solaroffensive und Massnahmen bei der Mobilität.

Die Schweiz hat doch gar keinen Einfluss auf die globalen Emissionen.

Logischerweise kann man mit dem Klimaschutz-Gesetz in der Schweiz nicht die Welt vor der Klimakrise bewahren. Aber: Nach vollständiger Umsetzung des Impulsprogrammes kann ab 2034 pro Jahr ungefähr 1 Million Tonnen CO₂ eingespart werden. Zum Vergleich: Das ist so viel wie 250'000 Menschen in der Schweiz pro Jahr an CO₂-Emissionen verursachen¹⁷ und mehr als Länder wie Somalia oder Eritrea total im Jahr ausstossen, oder auch ein Viertel der gesamten Emissionen von Albanien.¹⁸ Das zeigt: reiche Länder wie die Schweiz stossen überdurchschnittlich viel CO₂ aus, womit die Schweiz mit der Eindämmung ihrer Emissionen den internationalen Klimaschutz stark unterstützen kann.

Die Schweiz macht doch bereits viel für den Klimaschutz – braucht es diese zusätzlichen Massnahmen?

Es gab eine Zeit, in welcher die Schweiz als umweltpolitische Vorreiterin galt. Dies ist heute leider nicht mehr der Fall. An der letzten globalen Klimakonferenz wurde das jährliche Klima-Ranking veröffentlicht. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich auf Rang 22 abgestürzt. Die Schweiz liegt neu hinter Ägypten und EU-Ländern wie Malta oder Litauen. Ins Rating flossen die Klimapolitik, Treibhausgas-Emissionen, der Energieverbrauch und Massnahmen für erneuerbare Energien ein.¹⁹ Unser CO₂-Ausstoss ist pro Kopf fünfmal so gross wie derjenige von Ghana. Es ist dringend notwendig, dass auch wir endlich vorwärts machen.

Das Massnahmenpaket kostet 3.2 Milliarden CHF: Hat der Bund genügend Geld dafür?

Das Gesetz sieht über 10 Jahre hinweg jährlich 200 Mio. für den Heizungsersatz (= 2 Mrd.) und über 6 Jahre hinweg jährlich 200 Mio. für die Industrie (= 1,2 Mrd.) vor. Die Kosten belaufen sich somit insgesamt auf 3,2 Mrd. Laut einer Studie der EPFL würde Nichtstun jedoch viel mehr kosten: Im Jahr 2060 würden sich die

¹⁷ Die Emissionen pro Kopf liegen in der Schweiz bei 4,1 Tonnen pro Jahr. Das bedeutet, dass knapp 250'000 Menschen zusammen 1 Million Tonnen CO₂-Ausstoss verursachen. Siehe: <https://ourworldindata.org/co2-emissions>

¹⁸ https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2022

¹⁹ <https://www.nau.ch/news/schweiz/schweiz-fallt-im-klima-ranking-sieben-platze-zurueck-66338024>

Kosten auf 8 bis 10 Milliarden pro Jahr belaufen.²⁰ Diese Kosten entstehen insbesondere durch fehlende Einnahmen aus der Landwirtschaft und dem Tourismus, höheren Versicherungsprämien und Energiepreisen sowie die tiefere Arbeits-Produktivität und höhere Sterblichkeit, insbesondere verursacht durch die Hitze.²¹ Diese Investitionen rechnen sich zudem auch volkswirtschaftlich: Bei einer Annahme des Klimaschutz-Gesetzes ist mit positiven Effekten für die heimische Wirtschaft zu rechnen.

Warum sind keine konkreten Massnahmen zur Energiegewinnung (z.B. Photovoltaik) enthalten?

In diesem Gesetz soll die Reduktion von CO₂ im Zentrum stehen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien ist im Rahmen der Solaroffensive sowie bei Energie-Mantelerlass verankert. Konkret wird durch die Solaroffensive die Bewilligung von Photovoltaik-Grossanlagen erleichtert und gefördert. Dies gilt bis Photovoltaik-Grossanlagen jährliche Gesamtproduktion von maximal 2 TWh erlauben.²² Beim Energie-Mantelerlass geht es um die sichere Stromversorgung durch erneuerbare Energie. Es werden darin Ziele für den Ausbau der Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energien festgehalten.²³

Gibt es genügend Strom, um die zahlreichen neuen erneuerbaren Heizungen betreiben zu können?

Ja. Konkret hat der Ersatz von fossilen Energien zwei Auswirkungen: Erstens führt er zu mehr Effizienz, weil erneuerbare Energieproduktion heute effizienter und günstiger ist als fossile Energiegewinnung.²⁴ Zweitens wird fossile Energie durch neue Technologien ersetzt, die elektrische Energie brauchen. Deshalb ist der Ausbau der erneuerbaren Energie in der Schweiz absolut zentral. Das ist aber realistisch, wie man unter anderem anhand der durch das Parlament sogar mit Hilfe der SVP beschlossenen Solaroffensive sieht.

Ein Beispiel für den mit dem Gesetz erreichbaren Effizienzgewinn ist der Austausch von elektrischen Widerstandsheizungen, welcher finanziell unterstützt wird. Diese alten Heizungen verbrauchen viermal so viel Strom wie Wärmepumpen. Wenn sie ersetzt werden, können mit der gleichen Menge an Strom viel mehr Häuser beheizt werden.

Wird eine Subventionierung des Heizungsersatz nicht dazu führen, dass Heizungen mehr kosten?

Nein, das Gegenteil wird der Fall sein: Da die Hersteller und Installateure wissen, dass der Schweizer Markt wachsen und langfristig unterstützt werden wird, werden sie in die Produktion investieren, standardisieren und Personal ausbilden. Wie bei der Photovoltaik werden die Preise weiter sinken, weil die Herstellung von Wärmepumpen besser industrialisiert werden kann.

Die SVP behauptet, das Gesetz koste jede Person 6'600 CHF. Ist das korrekt?

Nein. Mit dem Gesetz werden zwei Massnahmen eingeführt. Einerseits gibt es ein grossflächiges Heizungsersatzprogramm. Dabei wird der Ersatz von alten Öl-, Gas- und Elektroheizungen gefördert. Hausbesitzer:innen bekommen finanzielle Unterstützungsbeiträge. Andererseits werden besonders innovative Unternehmen bei ihren Klimaschutz-Massnahmen unterstützt. Forscherinnen und Forscher der ETH haben klargemacht, dass die Aussage der SVP völlig unzulässig ist.

20 EPFL, Assessing the impacts of climate change for Switzerland, <https://infoscience.epfl.ch/record/252804>; siehe auch SRF, Die Kosten des Klimawandels, <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/die-kosten-des-klimawandels-steigende-temperaturen-koennten-die-schweiz-10-milliarden-kosten>

21 EPFL, Assessing the impacts of climate change for Switzerland, <https://infoscience.epfl.ch/record/252804>; siehe auch SRF, Die Kosten des Klimawandels, <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/die-kosten-des-klimawandels-steigende-temperaturen-koennten-die-schweiz-10-milliarden-kosten>

22 <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-92061.html>

23 https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2022/20220929155710602194158159038_bsd156.aspx

24 ETH, Klimaschutz bringt wirtschaftlichen Gewinn, <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2022/10/blog-klimaschutz-bringt-wirtschaftlichen-gewinn.html>

Wir profitieren Mieter:innen vom Klimaschutz-Gesetz?

Im Klimaschutz-Gesetz ist ein Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz vorgesehen. Mit diesem Programm werden Hausbesitzer:innen finanziell unterstützt, wenn sie alte Öl-, Elektro- und Gasheizungen am Ende ihrer Laufzeit durch ein klimafreundliches Heizsystem ersetzen. Der Bund finanziert dieses Impulsprogramm zehn Jahre lang mit 200 Millionen Franken pro Jahr, also insgesamt mit 2 Milliarden Franken. Mit diesem Geld können rund 100'000 Heizungen ersetzt werden. Dabei profitiert nicht nur das Klima, sondern auch Mieter:innen und Hausbesitzer:innen. Das letzte Jahr hat gezeigt, wie explodierende Energieebenkosten wegen steigenden Gas- und Ölpreisen für Mieter:innen, aber auch für Kleinunternehmen ein existenzielles Problem werden können. Bei erneuerbaren Heizsystemen sind die Nebenkosten tiefer. Wenn also eine fossile mit einer erneuerbaren Heizung ersetzt wird, nützt dies den Mieter:innen, da ihre Nebenkosten sinken. Das zeigt auch eine Studie von Wüest Partner: In zehn von zwölf Fällen stieg der Wert der Liegenschaft durch die energetische Sanierung, in elf von zwölf Fällen sank die Bruttomiete der Mieter:innen.

7. FAZIT

Die Vorlage schützt das Klima und stärkt die Versorgungssicherheit. Dies wird mit konkreten Massnahmen wie dem Heizungsersatzprogramm und den Netto-Null-Fahrplänen umgesetzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die SVP zusammen mit der Erdöllobby erneut dringende Massnahmen für den Klimaschutz blockiert. Deshalb braucht es am 18. Juni ein klares Ja zum Klimaschutz-Gesetz.